Correspondent

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIII. **Leipzig, Dienstag den 9. April 1895.** **№ 41.**

Wegen der Feiertage erscheint Nr. 43 statt Sonnabends am Sonntage dem 14., Nr. 44 Donnerstag 18. April.

Generalversammlungs-Arbeiten.

IV.

Arbeitslosenbeiträge. Budgetfrage. Kranken- und Sterbegeld.

Im Artikel über die Reiseunterstützung erklärten wir uns für die Befreiung aller Arbeitslosen von den Beiträgen. Welche Summe büßte der Verband durch diese Maßnahme ein? Im Jahr 1894 waren laut ausgezahlter Unterstützungen 625 Mitglieder ständig arbeitslos; wir wollen rund 600 rechnen. Die Zahl der nichtbezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder ist anderthalb Mal höher, also 900; zusammen demnach 1500 Mitglieder. Die Steuer der Arbeitslosen beträgt 50 Pf. wöchentlich oder jährlich 26 Mark, es entstände also ein Ausfall von 1500 × 26 Mk. = 39000 Mk.

Bei Gewährung von vier Wochen Ortsunterstützung auf die weiße Legitimation würden eine beträchtliche Anzahl derjenigen Mitglieder, die von der Reiseunterstützung sonst keinen Gebrauch machten, in die Lage kommen, mindestens diese vier Wochen Unterstützung abzuheben. Ziffernmäßige Grundlagen zur Berechnung dieser Neuposition des Budgets fehlen uns gänzlich, wir schätzen sie indes auf 10000 Mark.

Die Mehrausgaben für die Herabsetzung der Karenzzeit bei der Ortsunterstützung auf 100 Wochen hatte der Zentralvorstand für die Berliner Generalversammlung auf 29000 Mk. berechnet, es war hierbei aber eine Erhöhung der Ortsunterstützung nach 150 Wochen Steuerzeit mit 25 Pf. eingeschlossen. Die bloße Herabsetzung der Karenzzeit veranschlagen wir danach auf eine Ausgabe von 20000 Mk.

Die dritte Stufe der Ortsunterstützung (600 bis 750 Wochen) mag mit 6000 Mark angenommen sein.

Hiernach beliefen sich sämtliche vermutlichen Ausgaben für die in unseren Aufsätzen bisher freigestellten Verbesserungen auf

1.	Arbeitslosenbeiträge	39000 Mk.
2.	Vier Wochen Reiseunterstützung am Ort	10000 „
3.	Herabsetzung der Karenz	20000 „
4.	Dritte Stufe der Ortsunterstützung	6000 „
	Zusammen	75000 Mk.

Wir müssen uns jetzt nach der Deckung umsehen und zunächst hierfür die vorhandenen Bilanzen des Verbandes in betracht ziehen, auch die jüngst veröffentlichte Arbeitslosenstatistik leistet uns gute Dienste hierbei. Tabelle IV (Mobilitätsstatistik) ergab für einen vierzehnjährigen Zeitraum: 4 Proz. Arbeitslose, nicht ganz 1 Proz. Gemaßregelte, 3,3 Proz. Kranke und etwa 2 Proz. Invalide. Von den Wochenbeiträgen von je 100 Mitgliedern (110 Mk.) waren demnach zu bestreiten die Unterstützungen von

4	Arbeitslosen	= 28 Mk.
1	Gemaßregelten	= 14 „
3,3	Kranken	= 35 „
2	Invaliden	= 14 „
	Zusammen	91 Mk.

Somit verbleibt ein Ueberschuß von 19 Mk. pro 100 Mitglieder und Woche, aus dem zu decken ist: Begräbnisgeld, Umzugskosten, außerordentliche Unterstützungen, Rechtsschutz, Druckkosten, Verwaltung, Agitation, Generalkommission und Diverse, und last not least ein Reservefonds. Nach einem speziellern Ueberschlag sind wir nun zu dem Resultate gelangt, daß die Summe von 75000 Mk. zwar noch auf die Verbandskasse übernommen werden könnte, allerdings mit dem Effekte, daß sich Einnahme und Ausgabe nach den obigen Ansätzen die Wage halten und ein Reservefonds jährlich nur mäßig, etwa mit 25000 Mark für sämtliche Zweige gespeist werden könnte.

Auf der andern Seite gewännen allerdings auch die Gaue jene nennenswerten Summen, die sie jetzt als Beiträge für die Arbeitslosen ausgeben und sie könnten dieselben zu einer Ergänzungsunterstützung für die Arbeitslosen verwenden.

Wir haben genau gerechnet auf der Basis der durch Jahrzehnte bestätigten Anforderungen. Die Kollegen wissen, daß diese steigen. Unsicher ist die Zukunft und es heißt Geld in den Beutel thun. Erweiterte die Generalversammlung den Ausgabeetat nach Maßgabe der hier gezogenen Linien, so hätte sie alles was sie thun kann gethan. Wir unserseits würden bis zur darauffolgenden Generalversammlung Erweiterungen in dem besprochnen Spielraum ohne Steuererhöhung für angängig halten. Mit sonstigen regulären Mehrbelastungen würde aber die Steuererhöhung unabweisbar. Selbstverständlich gelte dies erstens fürs Corr.-Obligatorium mit 5 Pf. Wollte die Generalversammlung ferner die Unterstützungssätze erhöhen und die Wiederbezugskarenzzeiten vermindern, so wäre eine abermalige Steuererhöhung erforderlich. Hierbei ist vorausgesetzt, daß die Ausgaben der Krankenunterstützung die alten bleiben.

Betreffs der fraglichen Steuererhöhung von 5 oder 10 Pf. hatten wir anfangs die Absicht, eine Urabstimmung vorzuschlagen und auch von einem bekannten Kollegen, Herrn Alois Kiefer in München, ist in einem der Redaktion zugegangnen Artikel, der sich im übrigen erledigt hat, dringend eine Urabstimmung über diese Frage noch vor der Generalversammlung angeraten. Wir sind inzwischen von unserm Gedanken nach reiflicher Erwägung der Sachlage abgekommen. Die Zeitverhältnisse sind zu einer Steuererhöhung durchaus nicht angethan, und erklären sich selbst die ans Zahlen gewöhnten Verbandsmitglieder dafür, so bleibt der mißliche Eindruck auf die Nichtmitglieder, die wir gewinnen wollen, noch immer zurück. Man sagt, daß jedes einsichtige Mitglied für die Steuer zu haben sein werde und das ist wahr, aber die nicht willfährigen brauchen wir auch in der Gemeinschaft und an den sich dem Verbande fernhaltenden Berufsgenossen sehen wir betrübenderweise, daß es fast der größte Teil ist; durch höhere Steuern schwindet aber die Hoffnung, sie zu werben, noch mehr — denn daran, daß wir zu wenig bieten, ist ihre Anwerbung noch nicht gescheitert, jetzt erhalten sie ja gar nichts. Die Indolenz ist schuld und sie durch Interessierung für den Verband zu beheben, ist bei niedrigeren Beiträgen selbstverständlich leichter. Aus diesen Betrachtungen heraus lassen wir den Vorschlag auf Urabstimmung fallen, sind vielmehr dafür, daß die Generalversammlung ihre Vervollkommnungen im Rahmen des Möglichen ohne Steuererhöhung trifft.

In kurzen Zügen nehmen wir heute noch die Hauptanträge auf Reorganisation der Krankenunterstützungsbestimmungen — wie wir diesen Zweig nach gutem älterm Brauche nennen wollen, anstatt unnötig schleppend ihn als den für „Arbeitsunfähige" zu bezeichnen — mit. Sie betreffen die Karenzzeit zum Bezuge der Unterstützung sowie das Sterbegeld. Zur fast allgemeinen Ueberzeugung ist die Wahrnehmung geworden, daß vier Wochen Steuerzeit als Berechtigung zum Bezuge gar zu liberal sind, der Verband wird mit dieser kleinen Frist geradezu zum Unterschlupf für Krankheitskandidaten. Auch gegenüber den viel längeren Wartezeiten aller übrigen Unterstützungszweige ist diejenige beim Krankengelde quasi unerhört. Daher konzentrieren sich auch dreizehn von sechzehn Anträgen auf eine Hinaufschraubung der Karenzzeit, davon einer auf 8, elf auf 13 Wochen und zwei wollen die Unterstützung vor Erfüllung von 52 Beitragswochen nach der Zahl der geleisteten Beiträge bemessen. Nur drei Anträge bestätigen die bisherige vierwöchige Karenz, aber sie soll nur noch zu einem Bezuge von 13 Wochen berechtigen. Im weitern werden meistenteils, auch vom Vorstande, weitere Klassen für die Länge der Bezugsdauer, geregelt nach den geleisteten Beitragswochen, vorgeschlagen, so daß an einer derartigen Einrichtung kaum mehr zu zweifeln ist. Am geschicktesten will uns der Vorstandsantrag erscheinen: Nach 13 Steuerwochen 13 Wochen Bezug, nach 26 Steuerwochen 26 Wochen Bezug, von 52 Steuerwochen an ein Jahr Bezug. Es kann uns wahrhaftig niemand des mangelnden Mitgefühls anklagen, wenn der Verband die geleisteten Beiträge mit einem zehnmal höhern Krankengeld aufwiegt. Die vorhandene Bestimmung basierte noch gewohnheitsmäßig auf völlig entschwundenen Vorbedingungen, vor allem auf dem Gesetze, das wir jetzt ja nur noch zu ergänzen die Absicht haben. (Nach dem Vorstandsantrage soll die Unterstützung um 10 Pf. pro Tag erhöht werden [auch bei der Ortsunterstützung auf 150wöchige Karenz, was bei dem Tableau in vor. Nummer übersehen ist], wofür die Unterstützungsbezieher den vollen Beitrag zu zahlen hätten und bei der Wochenunterstützung um 10 Pf. besser wegkämen als jetzt.)

Zu dem Sterbegeld haben sich gleichfalls recht viele „Umstürzler" gemeldet. Von diesen Anträgen bringen wir untenstehend eine tabellarische Zu-

25*	50	üb. 50	75	100	150	üb. 150	200	250	üb. 250	400	unt. 500	500	üb. 500	600	750	800	1000	üb. 1000	Pf.	Antragsteller
—	50	—	—	—	—	—	—	100	—	—	—	150	—	—	200	—	250	300		Dessau.
—	—	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	100	—	—	—	—	200	300		Erlangen.
—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—	100	—	—	—	—	150	200		Nürnberg.
—	—	—	—	—	50	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		Regensburg.
—	—	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	100	—	—	—	—	150	200		München.
50	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		Düsseldorf.
—	—	—	—	50	75	—	—	100	—	—	—	150	200	—	—	—	—	—		Brandenburg. [Pirna.
—	50	—	—	75	—	—	100	—	—	150	—	—	—	200	—	250	300	—		Frankf. a. M., Uelzen,
30	50	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		Eßlingen.
—	—	—	50	—	100	—	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		Bielefeld.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	150	200		Altenburg.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	200	—	—	—	—	—	—		Osnabrück.
—	50	—	—	—	—	—	—	100	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—		Hildburghausen.
—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	150	—	—	—	—	—		Karlsruhe.

* Vor die bloßen Karenzwochenziffern setze: „Bis zu"; die höheren Stufen rechnen von den ihnen vorhergegangenen.

des „Buches der Lieder“, welches, wenn vielleicht auch nicht formell, so doch faktisch Ehe und Familie in friedenstörender und beschimpfender Weise angreift. Von den anderen möchten wir noch Gutzkow als Verfasser des „Uriel Acosta“, den „Ritter vom Geist“, „Wally“ nennen, denn ist es nicht u. a. antimonarchisch, seine Ueberzeugung über alles zu schätzen, anstatt sie der höhern Einsicht des Monarchen unterzuordnen? Laubes dichterische Produktionen sind schon durch die Persönlichkeit des Verfassers, des mehrfach eingekerkerten ehemaligen Burschenschaftlers, verdächtig.

Und nun vollends die halb oder ganz revolutionären Freiheitssänger der dreißiger und vierziger Jahre! Lenau, der sein Vaterland in Amerika sucht und in den „Albigensern“ seinem Hasse gegen Thron und Altar freien Lauf läßt, Anastasius Grün („Spaziergänge eines Wiener Poeten“), dann, um bei den Oesterreichern zu bleiben, Moritz Hartmann und Alfred Meißner (dessen stark sozialistisch angehauchte Gedichte, wie „Den Reichen“ und „Demos“, jedenfalls echter sind als seine Romane!) Ferner die Koryphäen der politischen Lyrik jener Zeit: Herwegh, in dessen Gedichten man eher das Erlaubte als das zu Unterdrückende suchen muß, und Freiligrath, dessen „Glaubensbekenntnis, „Ça ira“ und „Neuere politische und soziale Gedichte“ so sehr den Gesinnungen des Dichters entsprechen, daß auch späterhin noch sporadisch ähnliche Andeutungen zu Tage treten, so z. B. im Jahr 1866, wo er „die Einheit durch die Freiheit, die Einheit durch die Willkür nicht“, dann in dem Gedicht „Im Teutoburger Walde“, wo er die Nichtgründung der Republik bedauert und im Jahr 1870, wo er die Marseillaise einen heiligen Hymnus nennt (in einem Gedichte gegen Napoleon!), ferner als ihre Mitkämpfer oder Nachfolger Gottfried Kinkel, Robert Prutz, Friedrich Sallet (einer der kühnsten Revolutionäre jener Zeit und doppelt bösartig, weil er Offizier gewesen war), Gottfried Keller (in einigen Jugendgedichten und gemäß seiner ganzen kirchenfeindlichen Haltung), Hoffmann von Fallersleben und — Rudolf Gottschall. Zwar dieser letztere hat sich reuig bekehrt.

Sollen wir nun noch die Modernen nennen, die Dichter der sechsziger und siebziger Jahre und die der Gegenwart? Da wäre vielleicht der „König von Sion“ und „Danton und Robespierre“ von Hamerling zu beanstanden, aber auch vieles andere, was anzuführen uns die Zeit fehlt. Daß die sozialistische Litteratur (sowohl Poesie wie Prosa!) der neuesten Zeit so viel wie möglich zu unterdrücken sei, bedarf kaum der Erwähnung, daß man aber auch den in hohem Grade friedenstörenden und beschimpfenden Kulturkampfpoesien der siebziger Jahre scharf zu Leibe gehen muß, das ist, abgesehen von § 130, schon ein Gebot der Klugheit, denn man kann sich dadurch die Gunst des Zentrums erwerben, die bei der gegenwärtigen Parteikonstellation von großem Werte ist.

Korrespondenzen.

M-r **Bremen.** Es scheint fast, als ob die hiesigen Kollegen sich in diesem Jahr in bezug auf Versammlungsbesuch sehr gebessert hätten, wenigstens zeugte dafür die am 27. März abgehaltene, außerordentlich gut besuchte Bezirksversammlung. Es wurde hauptsächlich über das in diesem Jahre zum erstenmale vom Bezirksvereine zu veranstaltende Johannisfest diskutiert. Da viel Stimmung für eine auswärtige Feier vorhanden war, aber bestimmte Vorschläge noch nicht gemacht werden konnten, wurde es dem Vorstande sowie den Delegierten zum Gautage anheimgegeben, während des Gautages sich mit den Kollegen der Umgegend in Verbindung zu setzen, um ein gemeinschaftliches Johannisfest zu veranstalten. Der nächste Punkt: Bekanntmachung der Versammlungen durch den Corr. wurde nach kurzer Begründung einstimmig angenommen. Ein schon vor längrer Zeit angenommener Antrag, Vorträge gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Inhalts von Zeit zu Zeit an dazu geeigneten Tagen zu veranstalten, wurde auch diesmal angenommen, hoffentlich wird derselbe jetzt zur Ausführung kommen. Auch über die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung wurde debattiert, man kam jedoch zu dem Resultat, mit bestimmten Vorschlägen bis nach dem Gautage zu warten. Hierauf erfolgte noch eine Besprechung über die Antwort des Verbandsvorsitzenden auf das Ansinnen der Leipziger Prinzipalsführung betreffs Wahl von Gehilfenvertretern zur Tariftommission. Die Antwort wurde allgemein als gut und treffend gelobt, nur hätte man von verschiedenen Seiten gern gesehen, daß auch der Corr.-Artikel etwas schärfer ausgefallen wäre. (Die Taktik war nicht von ungefähr, wie wir den Kollegen versichern können. Es ist uns interessant, auch einmal zu wenig scharf gewesen zu sein. Red.)

* **Leer,** 2. April. Am 31. März fand hier die Versammlung des Bezirks Ostfriesland statt, zu welcher sich außer acht Mitgliedern aus Leer je eins aus Emden und Norderney eingefunden hatten. In seinem Jahresberichte konnte der Vorstand leider auch diesmal noch keine Besserung in den Verhältnissen konstatieren; der Mitgliederstand ist trotz aller Agitation nicht gewachsen; dahingegen weist der Bericht des Reisekassenverwalters Kollegen Rissius eine Höhe der Ausgaben auf, wie letztere seit 19 Jahren nicht einmal annähernd erreicht ist. Es wurden verausgabt an Reiseunterstützung 624,25 Mk., außerdem an Krankengeld 84 Mk., was eine Gesamtausgabe von 708,25 Mk. ergibt. Zum Vororte wurde Leer wiedergewählt; desgleichen der Vorstand in seiner alten Zusammensetzung. Die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung wurde dem Vorstand überlassen. Bei der Beratung der Gautagsvorlagen wurde gewünscht, daß der Gauvorstand die Tagesordnung früher bekannt geben möge. Auch hält es die Versammlung für zweckmäßig, daß die Orte Lingen, Meppen und Nordhorn dem Bezirk Osnabrück zugeteilt werden. Betreffs verschiedener sonstiger Angelegenheiten wird der zu wählende Delegierte beim Gautage vorstellig werden. Die Bezirkskasse, die sich bis jetzt in Emden befand, wird auf Antrag nach Leer verlegt, woselbst nunmehr auch die Unterstützungen an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte ausgezahlt werden. Zwecks Gewinnung neuer Mitglieder soll eine äußerst rege Agitation ins Werk gesetzt werden. Hoffentlich ist die aufzuwendende Mühe nicht ganz und gar fruchtlos. Nachdem für den Gautag noch zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht waren, von denen einer zu wählen ist, hatte die zwar kleine, aber trotzdem vom besten Geiste beseelte Versammlung ihr Ende erreicht.

Nürnberg. Die hiesige Mitgliedschaft beschäftigte sich am 30. März mit den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Der Vorsitzende brachte eine Auswahl der wichtigsten Anträge zur Besprechung, an der sich die Kollegen in der regsten Weise beteiligten. Von der gut besuchten Versammlung wurden eine größere Anzahl von Anträgen, u. a. die des Verbandsvorstandes betr. die Konditionslosen- und Krankenunterstützung, sympathisch aufgenommen, während sie sich insbesondre gegen die Anträge betr. Aufhebung der Gaueinteilung, Errichtung eines Ausschusses, Aenderung des Wahlmodus (§ 25), Abschaffung des Berechnens, Einführung einer Witwen- und Waisenkasse usw. aussprach, damit zugleich dem zu wählenden Delegierten eine gewisse Direktive gebend. In Sachen des Corr.-Obligatoriums gab die Versammlung dem Delegierten vollkommen freie Hand. — Ferner wurde noch beschlossen, das diesjährige Johannisfest gemeinsam mit den Kollegen von Erlangen und Fürth zu feiern und zwar in Fürth in Gestalt eines Kellerfestes.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

In seiner Pfälz. Presse unternimmt der bekannte Herr E. Thieme in Kaiserslautern eine fulminante Lehrlingszuchtverteidigung, die tiefer zu hängen wir uns im wesentlichen begnügen lassen: „Nach Beendigung der Schulzeit können an Ostern einige junge Leute, welche die Setzerei, die Druckerei und einige Nebenzweige des Druckereigewerbes erlernen wollen, als Lehrlinge in meine Buchdruckerei eintreten. Einige Agitatoren des sogenannten ‚Verbandes‘ der Druckereigehilfen lassen sich auch diesmal bei Schluß des Schuljahres wieder angelegen sein, junge Leute vor Ergreifung des Buchdruckereigewerbes zu warnen, angeblich, weil Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden sei, die Setzmaschine käme u. dergl. m., und das Setzen des Bleistaubes wegen gesundheitsschädlich sei. Dem gegenüber ist wiederholt festzustellen, daß im Druckgewerbe immer noch höhere Löhne gezahlt werden als in irgend einem andern Gewerbe, obgleich das Zeitungssetzen beispielsweise nicht die Handfertigkeit und Kunst erfordert, wie etwa das Binden eines Buches usw. Ein Zeitungssetzer verdient aber 20 bis 30 Mark wöchentlich. Setzer, die in besseren Sachen etwas leisten, erhalten noch höhere Löhne. An wirklich guten Kräften fehlt es im Druckgewerbe ebensosehr wie in anderen handwerklichen Berufen. Leute, welche sich im Maschinenfach an den Druckmaschinen gediegene Kenntnisse errungen haben, werden ebenfalls hoch bezahlt. Das Druckgewerbe, besonders das Setzen, ist nicht gesundheitsschädlicher als irgend ein andrer Beruf. Dies haben hervorragende ärztliche Gutachten erwiesen. Die Agitation, welche gewisse Gehilfen gegen ihr eignes Gewerbe entwickeln, wäre fast unbegreiflich, wenn man nicht aus jahrelanger Erfahrung wüßte, daß diese Herren für eine geistig und körperlich möglichst geringfügige Thätigkeit, wie sie leider vielfach im Druckgewerbe durch die Verbandshetze eingerissen ist, einen möglichst hohen Lohn einheimsen möchten, der in gar keinem Verhältnisse steht zu dem, was für gleichgeartete Thätigkeit in anderen Berufen gezahlt wird. Daher die für das Buchdruckergewerbe erniedrigende Agitation von Leuten, welche befürchten, daß früher oder später tüchtig herangebildete Kräfte ihre mangelhaften Kenntnisse ersetzen. Obwohl die Agitation sich nicht speziell gegen mein Geschäft richtet, weise ich doch besonders darauf hin, daß die meisten jungen Leute, welche in meiner Druckerei ausgebildet wurden, entweder entsprechend ihren Leistungen in eignen Geschäft vorwärts gekommen sind oder anderwärts gute Stellungen errungen haben. Daß die Konkurrenz mit Vorliebe Kräfte aus meinem Betriebe zu gewinnen sucht, ist bekannt. Emil Thieme, Buchdruckerei.“ — Eines hat der Herr Pasquillant vergessen: das „sozialdemokratische Fahrwasser“ des Verbandes; dieses ist ja gewöhnlich der Weisheit letzter Schluß unsrer „Freunde“. Im übrigen geschieht die „erniedrigende Agitation“ für das Lehrlingswesen meistens „von Leuten, welche einen möglichst hohen Profit einheimsen möchten“, indem sie recht viele Burschen benutzen. Wenn hingegen die verpönte Agitation nicht gegen das Thiemesche Geschäft gerichtet war, warum regt sich Herr Thieme dann darüber auf? Seinen Posten wird er gewiß noch bekommen.

Maschinensatz. Welch hohe Aufmerksamkeit haben die Buchdrucker seit altersher der ordnungsmäßigen Abtrennung der Wörter zugewandt, wie viele „Heringe“ und Aenderungen hat es nicht ihretwegen gegeben! Die „Regeln“ darüber sind streng und nicht bloß Trennungen wie Pferdeeisenbahn trugen dem Sünder herben Spott ein, es waren auch weniger kuriose von jeher verbeten. Da kommt die Maschine, die Setzmaschine, und dieses kapitalistische Werkzeug wirft die altehrwürdigen Fachgesetze zugleich mit Winkelhaken und Typen profan ins Zeug! Die Illinois Staats-Zeitung und die Abendpost aus Chicago liegen auf unserm Tische, hergestellt mit der Linotype und ohne langes Suchen fallen uns folgende Trennungen in die Augen: Anle-gung, eben-so, wur-de, et-wa, Bü-cher, ge-ben, ei-ne, er-sten, gan-ze, heu-te, de-nen, Pa-nik, lie-fen, To-desangst, ir-gend, ih-ren, Papie-re, vorläufi-ge, Festnah-me, füll-te, na-türlich, Flu-ge, Jsau-ra usw. Technische Skrupel sind also den amerikanischen Maschinensetzerkollegen fern und müssen ihnen fern sein, soll die Maschine angemessnen Vorteil abwerfen. Es wird einfach getrennt, wenn die Zeile voll ist, mit jeder Silbe, wie in der Schule. Ein Seitenstück zu der faulen Redensart, daß „tüchtige“ Arbeiter immer fehlen und nach Einführung der Maschine auch noch gesucht sein werden. Die technische Güte ist dem Kapitalismus Hekuba, das höchste der Profit!

Unter dem Verdachte, verbotene Schriften gedruckt zu haben, wurde in dem Städtchen Niemegk (Regierungsbezirk Potsdam, Kreis Zauch-Belzig) der Buchdruckereibesitzer und Herausgeber der dort erscheinenden Zeitung, Albert Paul, auf Ersuchen der königlichen Staatsanwaltschaft in Köln a. Rh. verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Zuvor hatte man bei Paul, der früher in Berlin als Schriftsetzer gearbeitet, seit längeren Jahren aber in dem kleinen Niemegk, aus dem er gebürtig, sich selbständig gemacht hatte, Haussuchung abgehalten, ebenso bei seinem Schwager, dem Gastwirte Fricke. Paul soll sich durch einen Agenten dazu haben bestimmen lassen, einen Druckauftrag zu übernehmen, ohne selber sich dabei bewußt zu werden, daß es sich um verbotene Druckschriften handelt.

Allzuviel geplaudert habe der Kläger Schriftsetzer H., auch sei er wiederholt unpünktlich gewesen, erklärt der Druckereibesitzer Moritz vor dem Gewerbegericht in Dortmund. Der Kläger verlangt, weil er ohne Kündigung grundlos entlassen sei, als Entschädigung für zwölf Tage 36 Mk. Während der Faktor, als Zeuge vernommen, die Angaben des Beklagten bestätigt, widerspricht ihnen der Schriftsetzer P., ebenfalls bei Moritz beschäftigt, entschieden. Der Kläger führt noch aus, daß er keine Ueberstunden gemacht habe, einerseits weil für dieselben kein Aufschlag gezahlt worden sei, anderseits weil seine Gesundheit es nicht gelitten habe. Auch auf diese Weigerung sei seine Entlassung zurückzuführen. Das Gericht erachtet es höchstens als erwiesen, daß der Kläger am letzten Tage seines Arbeitsverhältnisses eine Stunde zu spät gekommen sei, im übrigen habe er sich nicht andauernd geweigert, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Entlassung sei also nicht gerechtfertigt, dem Kläger demnach 36 Mk. auszuzahlen.

Die Nordd. Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin erzielte im Jahr 1894 einen Reingewinn von 1845824 Mk. und zahlt 1 Proz. Dividende.

Nur keine Aufklärung — unter dieser Parole bekämpften die Ultramontanen in Freiburg i. Br. die Vorlage des Stadtrates, der allgemeinen Volksbibliothek daselbst, die unter 4000 Bänden etwa 20 sozialistische Schriften enthält, einen Zuschuß von 1000 Mk. zu gewähren — es half ihnen aber nichts.

In New York starb Johann Buchholz, zuletzt Präsident der ältesten deutschen Buchdrucker-Vereinigung New Yorks, der seit fünfundvierzig Jahren bestehenden Krankenkasse. Er wurde am 26. September 1825 in Hof, Bayern, geboren. Im Revolutionskampf von 1848 sehen wir ihn für die vermeintliche Freiheit Deutschlands streiten. In Worms zu längrer Festungshaft wegen seiner Beteiligung an der badischen Revolution verurteilt, kehrte er im Jahr 1852 Deutschland den Rücken, um im freiern Land Amerika sein Glück zu versuchen. Aber, wie den meisten Proletariern, gelang es ihm auch hier nur, ein kümmerliches Dasein zu fristen; seiner Union war er stets ein treues Mitglied und war zu verschiedenen Zeiten berufen, das Schiff der Typographia zu leiten, als Vereinspräsident sowohl wie auch als Bundespräsident.

Industrie und Gewerbe.

Hoher Dividenden, die zu der Leistung der Herren Aktionäre in keinem Verhältnisse stehen, erfreuen sich die Teilhaber folgender Gesellschaften: Feuerversicherungsgesellschaft Kolonia 66⅔, Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei 28, Militärgewehrfabrik vorm. Thiele in Dresden 20, Magdeburger Bergwerksgesellschaft 13½, Holzstoff- und Papierfabrik Schlema bei Schneeberg 11, Filzfabrik in Fulda 10 Proz. Der Zwickauer Steinkohlenbau-Verein zahlt an die Grundstücksbesitzer als Kohlenzehnten 159564 Mk. und auf jede Aktie 190 Mk. Der Bruttogewinn betrug 739293 Mk.

Der Graf Potocky verlor im Jahr 1893 an einem Tag in Wien beim Wettrennen 50000 fl. Derselbe Graf besitzt in Grojec in Galizien Gruben mit weißer Thonerde und in diesen Gruben verdienen die Häuer 50 bis 60 kr., die Hilfsarbeiter 40 kr. bei ununterbrochner zehnstündiger schwerer Arbeitszeit. Aeltere Frauen bekommen 35, Mädchen 20 kr. täglich. Für Oel und Werkzeuge hat der Arbeiter zu sorgen. Ein Hilfsarbeiter kommt monatlich in Berücksichtigung der Feiertage und nach Abzug der Spesen auf 7 fl. 45 kr. Welche Gegensätze!